

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 25

Artikel: Deutsche Frage und Selbstbestimmung : ein Interview mit dem jetzigen Bundestagspräsidenten
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094642>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Interview mit dem jetzigen Bundestagspräsidenten

Deutsche Frage und Selbstbestimmung

In Ostberlin behandelt man seit diesem Jahr die Bundesrepublik Deutschland wiederum als Feindstaat, nachdem man zuvor die Wiederannäherung der beiden deutschen Staaten gefordert und gefördert hatte. Was steckt hinter diesem Verhalten, und wie soll Bonn

darauf reagieren? Darüber sprach unser Mitarbeiter Dr. Joseph Pozsgai mit dem Staatsminister im Bundeskanzleramt, Dr. Philipp Jenninger, der kurz nach diesem Gespräch zum deutschen Bundestagspräsidenten gewählt wurde.

Moskau hat die deutsch-deutsche Annäherung auf politischer Ebene abgremst, obwohl die Aktion voriges Jahr mit dem Segen Moskaus gestartet wurde. Was könnten die Motive der Sowjets gewesen sein? Unentschlossenheit oder Taktik? Was steckt hinter der Revanchismuskampagne?

Ich gehe fest davon aus, dass die DDR alle ihre Schritte in Richtung Westen, in Richtung Bundesrepublik mit der sowjetischen Regierung abgestimmt hat. Die innerdeutschen Beziehungen darf man nicht losgelöst von der Gesamtentwicklung der Ost-West-Beziehungen sehen. Im Warschauer Pakt macht die Sowjetunion offensichtlich jetzt Politik nach dem Motto: Seid alle ruhig! Jetzt reden wir mit den Vereinigten Staaten, stört diese Gespräche nicht, die auf der Ebene der Grossmächte stattfinden.

Waren die Aktionen der Bundesrepublik via Ost-Berlin auch mit Moskau abgestimmt?

Was heisst hier abgestimmt? Alle unsere Schritte sind auf der Basis der geschlossenen Verträge vorgenommen worden. Und was die andere Seite angeht, so wiederhole ich: Ich bin überzeugt, dass das kein Alleingang der DDR war. Honecker hat ja immer wieder erklärt, dass der Dialog, die Zusammenarbeit auch nach der Stationierung weitergehen müssten – jetzt erst recht. Er hat ja die These von der sog. «Schadensbegrenzung» entwickelt. Dies alles hat er ausführlich und wiederholt vorgetragen, und dafür hat er ganz sicher auch die Zustimmung Moskaus besessen.

Eine weitergehende Annäherung zwischen Bonn und Ost-Berlin hätte kaum überwindbare politi-

sche Hindernisse, die systembedingt sind. Honecker kann die Grenzen noch lange nicht öffnen. Daran würde die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft nichts ändern. Um den Dialog mit Ost-Berlin weiterführen zu können, würde die Respektierung der Staatsbürgerschaft – wie Herr Windelen sagte – nicht doch einiges erleichtern? (Heinrich Windelen ist Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.)

Was wollen wir mit unserer Deutschlandpolitik? Wir können die Teilung jetzt sicherlich nicht überwinden, schon gar nicht im Alleingang und ohne die Zustimmung unserer Nachbarn und Verbündeten. Solange dieser Zustand andauert, wollen wir versuchen, für die Menschen die Folgen dieser Teilung erträglich zu gestalten und viele Kontakte zwischen den Deutschen ermöglichen. Der Grundlagenvertrag – den nicht die jetzige Bundesregierung geschlossen hat, den wir aber einhalten wollen und müssen, sieht als Ziel die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen vor. Gute Nachbarschaft heisst, dass man miteinander redet, dass man miteinander auch Geschäfte macht, dass man einander besuchen kann. Wenn wir dieses Ziel erreichen, dann haben wir im innerdeutschen Verhältnis eine ganze Menge bewegt. Der Bundeskanzler hat es so ausgedrückt: Es geht um die Revitalisierung der Beziehungen unter den Menschen.

Wir haben in diesen Monaten eine ganze Menge in dieser Hinsicht bewegen können. Und das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, ohne dass wir uns gegenseitig jetzt überfordern. Natürlich gibt es wichtige Wünsche, beispielsweise die Herabsetzung des Reisealters, eine weitere Ausdehnung der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten, die wir bei den verschiedenen Gesprächen und Verhandlungen immer wieder auf den Tisch legen. Nur, wir müssen viel Geduld haben.

Ich glaube, dass auch die andere Seite erkannt hat: Das Problem lässt sich nicht allein dadurch lösen, dass man Menschen in die Bundesrepublik ausreisen lässt. Eine Verbesserung ist eher dadurch zu erreichen, dass man den Menschen in der DDR mehr Reisemöglichkeiten einräumt. Auch die Deutschen in der DDR haben ihre Heimat, haben ihre Bindungen. Die Entscheidung, auszureisen, in den Westen zu gehen, ist sicher für jeden eine schwierige Entscheidung.

Deshalb wollen wir die andere Seite davon überzeugen, dass es viel besser wäre, die Reisemöglichkeiten zu erweitern. Von den 70 000 Besuchern aus der DDR in sog. dringenden Familienangelegenheiten sind im vorigen Jahr nur ganze 600 hiergeblieben, also nicht einmal ein Prozent. Das ist eine sehr eindrucksvolle Zahl. Und ich bin überzeugt davon, dass auch von diesen 600 viele wieder zurückgegangen wären, wenn sie die Hoffnung gehabt hätten, in absehbarer Zeit wieder ihre Verwandten besuchen zu können.

Zur Staatsbürgerschaftsfrage möchte ich sagen: Zwischen Herrn Windelen und mir gibt es keine Meinungsverschiedenheit. In der Frage der Staatsbürgerschaft gibt es für uns keine Möglichkeit der «Anerkennung» einer DDR-Staatsbürgerschaft. Wir können niemanden ausbürgern, der Deutscher sein will. Es gibt nur die Frage: Inwieweit können wir die Staatsbürgerschaft der DDR, weil es nun einmal zwei Staaten in Deutschland gibt, respektieren?

Dazu gibt es eine ganz klare Antwort: Die Grenze für die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR ist dort, wo die Wahlfreiheit des einzelnen in Frage gestellt ist. Mit anderen Worten: Ich muss jedem Deutschen in der DDR die Möglichkeit offenhalten, wann immer er will, diese deutsche Staatsbürgerschaft für sich in Anspruch zu nehmen. Wenn er aber

als DDR-Staatsbürger respektiert werden will, zum Beispiel wenn er hier in der Bundesrepublik für die DDR arbeitet, dann wird ihm niemand die Rechte und Pflichten der Bürger der Bundesrepublik aufnötigen.

Aber ich sage noch einmal: Wenn ein Deutscher aus der DDR sich auf die deutsche Staatsbürgerschaft beruft, dann setzt die Obhutspflicht der Bundesrepublik ein. Da muss ich stehen, sonst verstoße ich gegen das Grundgesetz.

Im übrigen: Wir halten uns auch in diesem Punkt strikt an den Grundlagenvertrag, der den Dissens in der Frage der Staatsbürgerschaft ausdrücklich festgeschrieben hat.

Wird aus den Vorgängen in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland (Asylgesuche von DDR-Bürgern, darunter einer Nichte des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph) eine Belastung der Beziehungen zur DDR?

Ich hoffe und glaube das nicht. Wir wollen dies jedenfalls vermeiden. Die Antwort auf Ihre Frage wird deshalb letztlich die DDR geben müssen.

Nach zwei Milliardenkrediten an Ost-Berlin entsteht der Eindruck, dass Bonn die Sanierung der stark verschuldeten DDR übernommen hat, und zwar in der Hoffnung, dafür politische und humanitäre Gegenleistungen zu erhalten. Was die DDR in dieser Richtung getan hat, sieht nicht sehr eindrucksvoll aus.

Die Kredite sind weithin noch immer nicht richtig verstanden worden. Es handelt sich nicht um Regierungskredite, sondern um reine Bankkredite, die von deutschen Banken der Aussenhandelsbank der DDR eingeräumt worden sind. Für diese Kredite muss die DDR Zinsen und Tilgung bezahlen. Hier kann man kein Abkommen in dem Sinne schliessen, dass auf der einen Seite der Kredit steht, auf der anderen Seite menschliche Erleichterungen. Beides ist unabhängig voneinander. Es handelt sich um Signale, dass die Zusammenarbeit verbessert werden muss, es sind Signale in einem Prozess, den wir in Gang gesetzt haben. Und jeder spielt seinen Part in diesem Prozess, der noch gar nicht abgeschlossen ist.

Honecker spricht wieder mit scharfen Tönen, andererseits aber schickte er kürzlich das Politbüromitglied Axen nach Bonn...

Ich gehe davon aus, dass dieser Prozess, den ich skizziert habe, trotz der Besuchsabsage weitergehen wird. Wir wollen diesen Dialog. Wir wollen die Zusammenarbeit. Wenn die andere Seite sich an der Revanchismuskampagne beteiligt, so muss ich sagen: ich empfinde diese ganze Kampagne schlicht als unangebracht. Der Bundesrepublik kann man wahrlich nicht vorwerfen, dass sie eine revanchistische Politik

betreibt. Was haben wir eigentlich getan? In den letzten Jahrzehnten haben wir unseren Teil zum Frieden in Europa und in der Welt beigetragen, und das wird so bleiben.

Halten Sie die deutsche Frage für offen?

Keiner, der die Mauer in Berlin anschaut, kann sagen: «Das ist für alle Zeiten hinzunehmen.» Das wäre einfach widernatürlich.

Die deutsche Frage ist primär nicht eine Frage der Grenze, nicht einmal eine Frage der Zuordnung zu diesem oder jenem Bündnis. Die deutsche Frage ist in allererster Linie eine Frage der Menschenrechte, der Freiheit, der Selbstbestimmung und des Friedens. Wir wollen ja nichts anderes als das, was man allen Völkern der Welt einräumt, nämlich Selbstbestimmung für die Deutschen. Und ein solches Recht kann man niemals preisgeben. Solange das nicht möglich ist, so lange ist alles offen.

Vorbehalte gegen die neue Deutschlandpolitik Bonns bei westlichen Verbündeten sind teilweise darauf zurückzuführen, dass die Zielvorstellungen der Bundesregierung unklar sind. Wollen wir nur die Spaltung für die Deutschen drüben erträglich machen und damit die Spaltung zementieren, oder streben wir die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit doch an?

Ich kann dazu nur sagen, dass wir diese Politik mit unseren Verbündeten abgestimmt haben. Für diese Politik haben wir die Zustimmung aller unserer Verbündeten. Diese haben in zahlreichen Dokumenten unser Ziel unterstützt, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuarbeiten, in dem die Deutschen in freier Selbstbestimmung über ihr Schicksal entscheiden können. Wer dies unterschreibt, der muss das dann auch mittragen.

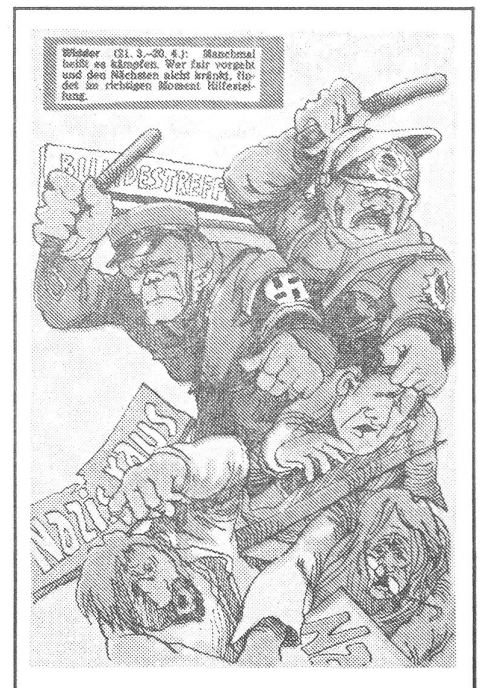
Im Hinblick auf die Kritik einiger grosser amerikanischer Zeitungen sowie die Äusserungen von Andreotti und Kreisky meinen Sie nicht, dass die Bundesregierung diese Politik besser hätte verkaufen müssen?

In Ost und West reden und schreiben viele Leute, die von den wirklichen Problemen keine Ahnung haben. Ich will Andreotti nicht besonders kritisieren, aber wenn Andreotti an der Mauer steht und dann noch sagt: «Das muss so bleiben», dann frage ich mich, was ihn eigentlich bewegt. Andererseits hat es sicherlich Schwierigkeiten gegeben, diese Politik zu verstehen, die von dieser Regierung vielleicht nicht erwartet worden war. Ich räume auch ein, dass die Operation, die wir im letzten Jahr gemacht haben, also der erste Kredit, sicherlich nicht so «verkauft» worden ist, wie es hätte sein müssen. Aber ich habe bei der zweiten Operation in einem ausführlichen Statement vor der Bundespressekonferenz den Versuch gemacht, sowohl die Grundgedanken dieser Politik darzulegen als auch das aufzuzeigen,

was wir im einzelnen mit dieser Politik bewegen können. Den ersten Teil hat leider niemand zur Kenntnis genommen, niemand hat darüber geschrieben...

Was würde die Bundesregierung tun, wenn Moskau eines Tages der Wiedervereinigung unter der Bedingung zustimmen würde, dass Gesamtdeutschland politisch neutral werden muss?

Ich halte es für unwahrscheinlich, dass es zu einem solchen Vorschlag kommen wird. Es ist auch ein Unterschied, ob sich ein kleines Land neutral verhält oder ein grosser Block im Herzen Europas. Ich sage noch einmal: Das Wichtigste ist die Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR. Vielleicht wird eines Tages die Sowjetunion diesen Wunsch respektieren, wenn sie ihre Sicherheitsbedürfnisse auf andere Weise gelöst sieht. Solange aber die Sowjetunion mitten in Europa steht und ihre machtpolitischen Zielsetzungen und ideologischen Vorstellungen nicht ändert, so lange sehe ich das alles nicht. Wenn aber den Deutschen in der DDR Selbstbestimmung ermöglicht wird – und darauf kommt es an –, dann müsste man auch in Kauf nehmen, dass das Votum lautet: Wir wollen ein eigener zweiter deutscher Staat sein. Theoretisch ist auch das denkbar. ■



Die Feindfratze der «westdeutschen Revanchisten» in einer Karikatur der satirischen Zeitschrift «Eulenspiegel», Ostberlin, Nr. 35/1984. Nach diesem Muster wird auf einer Doppelseite der ganzen Bundesrepublik das Horoskop gestellt. An dieser Behandlung haben auch Milliardenkredite Bonns für das «andere Deutschland» nichts zu ändern vermocht. Der «Rückfall» der DDR in den kalten Krieg entspricht der allgemeinen Tirade im ganzen Sowjetlager und wird von Moskau aus befohlen und gelenkt. Westliche Hilfe wird unter anderem zum militärischen Ausbau der Macht genutzt.